

Der geistliche Konsultor der deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl während der Weimarer Republik

Von STEFAN SAMERSKI

Schon die Literatur der zwanziger Jahre wies auf die Mitarbeit des sog. Konsultors der Deutschen Botschaft beim Hl. Stuhl, Johannes Steinmann, bei kirchenpolitischen Vorgängen hin¹. Obwohl Stehlin's diplomatiegeschichtliche Studie den deutsch-vatikanischen Beziehungen in der Weimarer Republik gewidmet ist, findet der Botschaftskonsultor hier nur kurze Erwähnung². Stehlin hebt aber die Bedeutung Steinmanns als „the German Embassy's religious expert“³ hervor, ohne auf seine Tätigkeit näher einzugehen. Stehle kommt Steinmanns Aufgabengebiet – wenn auch ver- einseitig – näher, wenn er ihn als „weniger geheimnisvolle Schlüssel-

ARCHIVALIEN

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes/Bonn (PA/AA):

- Personalakte Sander = 790.
- Personalakte Steinmann = 849.
- Deutsche Botschaft

Vatikan (DBV):

Danzig, Bd. 1 = 356.

Danzig, Bd. 2 = 357.

Polnisches Konkordat, Bd. 1 = 775.

- Pol. Abtlg. II: Vatikan (II Vat.):

Das Bistum Culm = Po 20 Kulm.

Die Abtretungs- und Grenzgebiete Deutschlands, Bd. 1 = Po 24/Bd. 1,

Bd. 2 = Po 24/Bd. 2,

Bd. 7 = Po 24/Bd. 7.

¹ Nicht immer zuverlässig: FR. VON LAMA, Papst und Kurie in ihrer Politik nach dem Weltkrieg (Illertissen 1925) 380. Lama spricht 86 von zwei nebeneinander arbeitenden Konsultoren. Die Zeitgenossen erwähnten den Konsultor als kirchlichen Berater der Botschaft, ohne sein Tätigkeitsfeld näher zu spezifizieren: Ludwig Frhr. von Pastor (1854–1928), Tagebücher – Briefe – Erinnerungen, hg. von W. WÜHR (Heidelberg 1950) 823, bes. Anm. 24. A. HUDAL, Römische Tagebücher. Lebensbeichte eines alten Bischofs (Graz–Stuttgart 1976) 37. Seine Mitarbeit bei verschiedenen Konkordatsverhandlungen findet kurze Erwähnung bei: L. VOLK, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933 (Mainz 1972) 21, 22, 158. M. CLAUSS, Die Verhandlungen über ein Konkordat für die Freie Stadt Danzig, in: ZGAE 43 (1985) 119–143, bes. 123 ff.

² ST. A. STEHLIN, Weimar and the Vatican. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years (Princeton 1983) 58: fälschlich „Rudolf Steinmann“; diffuse Tätigkeitsumschreibung: „to serve as embassy consultant, or specialist for religious affairs, to deal with ecclesiastical problems“.

³ Ebd. 305.

figur⁴ vatikanischer Sowjetkontakte charakterisiert. Warum kam dem geistlichen Konsultor der Vatikanbotschaft eine solche Bedeutung zu, die weit über die Verwaltungsaufgaben und den Geschäftsgang der Botschaft hinausging?

Der Zusammenbruch des gesellschaftlichen und politischen Systems des Kaiserreichs im Jahre 1918 führte zu ungewöhnlich tiefen Erschütterungen, die sich u. a. in den Reaktionen auf den Versailler Vertrag fortsetzten⁵. Der Widerspruch aus dem Kreis der deutschen Öffentlichkeit gegen die vertragliche Vereinbarung über die territoriale, wirtschaftliche und politische Beeinträchtigung ließ die deutsche Außenpolitik nach den Worten Gustav Stresemanns zu einer Fahrt zwischen Scylla und Charybdis werden⁶. In der Atmosphäre der Feindschaft der Siegermächte und der außenpolitischen Isolation nach dem Friedensvertrag von Versailles bedeutete jeder Ausbruch aus diesem Zustand für Deutschland einen politischen Erfolg. In den Anfangsjahren spielte in dieser Hinsicht unter den neutralen Mächten der Hl. Stuhl die bedeutendste Rolle, da er in den Kriegsjahren aufgrund seiner Unparteilichkeit, seiner Friedensinitiativen und zahlreicher caritativer Bemühungen ein erhebliches politisches und moralisches Gewicht gewonnen hatte⁷. Schon wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Vertrag von Versailles⁸ war die Kurie daher für die deutsche Außenpolitik eine nicht zu unterschätzende Stütze⁹. Dabei intendierten die diplomatischen und politischen Kontakte Deutschlands mit dem

⁴ H. STEHLE, Die Ostpolitik des Vatikans. Geheimdiplomatie der Päpste von 1917 bis heute (Bergisch Gladbach 21983) 37. Der Komparativ bezieht sich auf den deutsch-vatikanischen Mittelsmann Wilhelm von Braun.

⁵ Vgl. P. KRÜGER, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung (München 1986) 10.

⁶ Vgl. A. HILLGRUBER, „Revisionismus“ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: HZ 237 (1983) 597–621, bes. 602 (1929).

⁷ Vgl. D. GOLOBEK, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats (Mainz 1970) XXIV. Prestigeerwerb des Papsttums: K. REPGEN, Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege, in: H. JEDIN – K. REPGEN (Hg.), Handbuch der Kirchengeschichte Bd. 7: Die Weltkirche im 20. Jahrhundert (Freiburg i. Br. 21985) 36–96, bes. 51. Über das Papsttum auch der Sachverständige des Evangelischen Bundes, Karl Mirbt: „Denn sein Ansehen unter den europäischen Völkern ist in den Kriegsjahren erheblich gestiegen“: K. MIRBT, Katholizismus nach dem Weltkrieg, in: J. MÜLLER-SCHWEFE, Moderner Katholizismus (Gütersloh 1926) 1–19, bes. 10. Zuletzt vorsichtiger: STEHLIN (Anm. 2) 21.

⁸ Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri zu Pastor am 12. März 1920: „Jetzt schätzen wir uns glücklich, nicht eingeladen worden und an diesem Werke, das nicht einen, sondern zehn Kriege im Gefolge haben wird, nicht beteiligt gewesen zu sein“: PASTOR (Anm. 1) 680f. Auf Betreiben Italiens wurde der Hl. Stuhl nicht zur Versailler Konferenz geladen. Vgl. auch STEHLE (Anm. 4) 25. H. TÜCHLE, Pietro Kardinal Gasparri. Staatssekretär Benedikt XV. und Pius XI. 1914–1930, in: W. SANDFUCHS, Die Außenminister der Päpste (München–Wien 1962) 94–108, bes. 103f. Differenzierter und ausgewogener: STEHLIN (Anm. 2) 42, 449.

⁹ Vgl. G. SCHREIBER, Deutsche Kirchenpolitik nach dem ersten Weltkrieg. Gestalten und Geschehnisse der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Zeit, in: HJ 70 (1950) 296–333, bes. 309.

Hl. Stuhl nicht allein Vermittlerfunktionen zu den Alliierten oder Polen¹⁰, sondern sie sollten für Deutschland handfeste innen- und außenpolitische Vorteile erbringen. Die revisionsmotivierte preußische und reichsdeutsche Behandlung der Diözesangrenzen in den Abtretungsgebieten sowie die Verhandlungen um einen Konkordatsabschluß zeigen die direkte politische Komponente der deutsch-vatikanischen Beziehungen¹¹.

Besonders die Abtretung ostdeutscher Gebiete wurde in der deutschen Öffentlichkeit als schmerzhaft empfunden. Der hohe Prozentsatz an katholischer Bevölkerung in dieser Region hob die Bedeutung des Vatikans für die deutsche Außenpolitik: Von einer Bevölkerung von insgesamt 5,5 Millionen in den 1919 abgetrennten Territorien lebten in den polnisch und tschechoslowakisch gewordenen Gebieten 4,4 Millionen. Von ihnen waren ca. 3 Millionen katholisch¹². Der Katholikenanteil lag also bei 65 bis 68 Prozent. Erklärtes Ziel deutscher Politik war daher vorrangig die Unterstützung der deutschen Katholiken in den abgetrennten Ost- und Abstimmungsgebieten¹³. In der sensiblen Frage der Diözesangrenzen war der Hl. Stuhl jener Verhandlungspartner, zu dem Deutschland im Jahre 1920 geregelte diplomatische Beziehungen aufnahm¹⁴. Neben dem ersten Botschafter, Diego v. Bergen¹⁵, war das Gros des Botschaftspersonals protestantischen Bekenntnisses; im höheren Dienst war kein Katholik zu finden¹⁶, im gehobenen Dienst nur der Konsultatssekretär Klee¹⁷. Aus politi-

¹⁰ Peter Grupp berücksichtigt jüngst den Vatikan nicht: P. GRUPP, *Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920. Die Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages* (Paderborn 1988). E. LAUBACH, *Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22* (Lübeck–Hamburg 1968) stellt 57 die moralische Unterstützung des Hl. Stuhls, die Vermittlung gegenüber Polen und Frankreich in der Oberschlesienfrage 58, in der Reparationsfrage 259–260 und den Prestigegewinn durch ein Reichskonkordat 259 heraus. In seiner Monographie über die deutsche Außenpolitik erwähnt P. KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (Darmstadt 1985) den Vatikan nur viermal, und zwar als Vermittler: 128, 134, 190, 203.

¹¹ Vgl. STEHLIN (Anm. 2) 452–454. Zu den Diözesangrenzen in den Grenzgebieten: STEHLIN (Anm. 2) 102–208. Konkordatsverhandlungen: G. MAY, *Die Konkordatspolitik des Hl. Stuhls von 1918–1974*, in: JEDIN-REPGEN (Hg.), *Handbuch der Kirchengeschichte* Bd. 7, 179–229, bes. 181–186, 193–201.

¹² H. KROSE, *Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland* Bd. 10 (1921/22) (Freiburg i. Br. 1922) 189.

¹³ Vgl. STEHLIN (Anm. 2) 55.

¹⁴ Vgl. ebd. 33–35, 57–59. K. SCHOLDER, *Die Kirchen und das Dritte Reich* Bd. 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934* (Frankfurt/M.–Berlin 1986) 67–77, will die Einrichtung einer Deutschen Botschaft anstelle der Preußischen Gesandtschaft auf Druck des Nuntius Pacelli glaubhaft machen.

¹⁵ Zur Person: A. ERLER, *Carl-Ludwig Diego von Bergen*, in: *NDB* Bd. 2 (Berlin 1955) 78. STEHLIN (Anm. 2) 58, 297–299. G. SCHREIBER, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches (1919–1944)* (Regensburg–Münster 1949) 89–91, bes. 89 Anm. 6.

¹⁶ LAMA (Anm. 1) 86 spricht fälschlich von zwei Katholiken als Konsultoren, die v. Bergen im Mai 1920 beigegeben wurden. Undifferenziert: J. SCHMIDLIN, *Papstgeschichte der neuesten Zeit* Bd. 3 (München 1936) 280: Neben v. Bergen seien von der deutschen Regierung

schen und verwaltungstechnischen Gründen war aber ein katholischer Mitarbeiter wünschenswert, zumal die Diplomatenausbildung keine Schulung in kirchlichen Fragen, speziell im Kirchenrecht, vorsah, dessen Kenntnis bei der Botschaft beim Hl. Stuhl von ausschlaggebender Bedeutung war¹⁸.

Im Sommer 1920, also fast gleichzeitig mit v. Bergens Amtsantritt, tauchte im Auswärtigen Amt der Plan auf, das Personal der Vatikanbotschaft um einen geistlichen Konsultor zu erweitern¹⁹. Der Wunsch nach einer Ergänzung kam nicht etwa vom Auswärtigen Amt, sondern von „deutschen Katholiken“²⁰. Mitglieder der Bischofskonferenzen können damit nicht gemeint sein, da sie erst Anfang September davon erfuhren. Viel eher muß die Zentrumsparterie als *Spiritus rector* angesehen werden, da Ludwig Kaas von Anfang an in die Sondierungen des Auswärtigen Amtes einbezogen wurde. Das Zentrum empfand es naturgemäß als besonders bitter, daß der Versailler Vertrag größtenteils katholische Bevölkerungsteile von Deutschland gelöst hatte²¹. Dabei darf nicht vergessen werden, daß ca. 80 % der Zentrumswählerschaft in den preußischen Provinzen saßen. Die parteipolitische Bedeutung der abgetrennten preußischen Ostgebiete lag also auf der Hand, zumal das Zentrum sich für den „politischen Zusammenhalt des gesamtdeutschen Katholizismus“²² einsetzte. Daß katholische Grundpositionen in der deutschen Außenpolitik zu wenig Beachtung fänden, bemängelten Georg Schreiber und Matthias Erzberger im Oktober 1920 auf einer Fraktionssitzung: „Im Auswärtigen Amt herrsche ein merkwürdiger Geist, der bei Besetzung von Botschafterposten und Attachés Katholiken geflissentlich ignoriert“²³. Erzberger brachte in diesem Zusammenhang die deutsch-vatikanischen Beziehungen

zwei katholische Gesandtschaftsräte ernannt worden (an einer Botschaft gab es keine Gesandtschaftsräte). Durchaus glaubhaft: STEHLIN (Anm. 2) 58: „as well as half of the German staff, was Protestant“. Tatsächlich waren 1921 an der Botschaft im höheren Dienst neben dem Botschafter der erste Botschaftsrat und der Konsultor tätig, im gehobenen Dienst der Kanzler, der Konsultatssekretär sowie der Amtsobergehilfe.

¹⁷ PA/AA, DBV, 356, Steinmann an Bertram von Mitte Juni 1922.

¹⁸ Vgl. STEHLIN (Anm. 2) 58.

¹⁹ PA/AA, 849, Telegramm v. Bergens an das Ausw. Amt vom 28. Juli 1920.

²⁰ PA/AA, 790, Aufzeichnung Rübers vom 4. September 1920.

²¹ Vgl. R. MORSEY, *Die deutsche Zentrumsparterie 1917–1923* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 32) (Düsseldorf 1966) 193.

²² Ebd. 201. In den ersten Nachkriegsjahren sah die Partei trotz vielfältiger Strömungen den Vertrag von Versailles als störendes Element der deutschen Einheit an 194. Die Bedeutung des deutschen Ostens hebt hervor: K. ULITZKA, *Ostfragen*, in: G. SCHREIBER, *Politisches Jahrbuch* (1926) 108–115; DERS., *Ostfragen*, in: G. SCHREIBER, *Politisches Jahrbuch* (1926) 108–115; DERS., *Ostfragen*, in: G. SCHREIBER, *Polit. Jb.* (1927/28) 177–188.

²³ Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumsparterie 1920–1925, bearb. von R. MORSEY und K. RUPPERT (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern Reihe A Bd. 33) (Mainz 1981). Rede Schreibers auf der Fraktionssitzung der Zentrumsparterie vom 21. Oktober 1920, Nr. 25 100.

ins Spiel²⁴. Einen Katholiken, möglicherweise einen Geistlichen, in die deutsche Vatikanbotschaft zu bringen, der mit der ostdeutschen Materie vertraut war, mußte dementsprechend politische Absicht des Zentrums sein.

Die Anregung der Partei fiel beim Auswärtigen Amt auf fruchtbaren Boden. Als Ergänzung der Botschaft sah der Vatikanreferent, Prof. Richard Delbrueck, die Einrichtung einer Stelle für einen geistlichen Konsultor vor, wie sie bereits an den Vertretungen Frankreichs und Polens beim Hl. Stuhl bestand. Das Auswärtige Amt fürchtete politische Nachteile und bangte um seinen eigenen Einfluß in vatikanischen Kreisen, vor allem weil die oberschlesische Frage staatsrechtlich noch ungeklärt war und weil die Diözesangrenzen im Osten Deutschlands nach den Abtretungen einer Neuordnung bedurften.

Man sah von einer klaren Dienstumschreibung für den Konsultor ab und suchte zunächst nach einem geeigneten Kandidaten. Von vornherein beschränkte sich der Personenkreis auf einen Geistlichen fortgeschrittenen Alters aus den Ostgebieten. Zunächst dachte man an Franz Sander, Dompropst in Frauenburg, einen Rheinländer, der als weitgereister Divisionspfarrer auf Vorschlag der preußischen Regierung in die Domkapitel von Gnesen (1909) und Ermland (1917) berufen worden war²⁵. Sein gutes Verhältnis zu den deutschen Regierungen sprach ebenso für die Kandidatur wie sein Wunsch, das ermländische Domkapitel zu verlassen, da er dort als Rheinländer einen schwierigen Stand hatte. Der übereilte Vorschlag desavouierte aber im August 1920 die geplante Institution, da Sander von Delbrueck als „rein repräsentativ, als geringe Arbeitskraft und nicht ausreichend gelahrt“²⁶ eingeschätzt wurde. Weit schwerer wog aber sein belastetes Verhältnis zum deutschen Episkopat²⁷. Außerdem ließ sein

²⁴ Ebd. 101.

²⁵ Zur Person des ehemaligen Jesuiten: A. STEUER, Deutsche Domherren in den Domkapiteln von Posen und Gnesen, in: Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen NF Heft 13 (Posen 1928) 125 f. H. SCHMAUCH, Franz Xaver Sander, in: Altpreußische Biographie, hg. von CHR. KROLLMANN, fortgesetzt von K. FORSTREUTER und F. GAUSE, Bd. 2 (Marburg/L. 1967) 589. Sander wurde am 15. Juli 1862 in Frankfurt/M. als Sohn eines Hauptmanns geboren. Nach seiner Schulausbildung in Koblenz trat er am 30. September 1878 in den Jesuitenorden der Provinz Limburg ein, wo er auch seine philosophische Ausbildung erhielt. 1886–91 war er Präfekt am Jesuitenkolleg in Feldkirch (Vorarlberg). Während seiner theol. Studien (1891–94) in Ditton Hall in Lancashire/England erhielt er am 27. August 1893 die Priesterweihe. Seit 1895 bis zu seinem Austritt aus dem Orden 1898 wirkte er bei den Volksmissionaren in den Niederlanden. Anschließend übte er als Divisionspfarrer in Straßburg/Elsaß Militärseelsorge aus, die ihn 1900/1901 am Chinafeldzug gegen die Boxer teilnehmen ließ. Er starb am 27. April 1945 auf der Flucht aus Ostpreußen.

²⁶ PA/AA, 790, Aufzeichnung des Ausw. Amtes vom 30. August 1920. Sander war nicht promoviert.

²⁷ PA/AA, 790, Aufzeichnung Delbruecks vom 12. November 1920: „Gegen Sander spricht [...], daß er dem Episkopat fernsteht“.

national betontes Auftreten in Gnesen Widerstand im Vatikan erwarten²⁸. Da aber aus Prestigegründen das Projekt nicht fallengelassen werden konnte und Sander um seine Kandidatur wußte, berief man ihn im September an die Botschaft, ohne ihn zum Konsultor zu ernennen²⁹. Zunächst war an eine einjährige Mission gedacht, die bei einer Bewährung in eine feste Anstellung umgewandelt werden konnte. Gleichzeitig sollte Emmerich David, der Rektor des Campo Santo Teutonico in Rom, den der Kölner Erzbischof Karl Joseph Schulte protegierte, für diese Aufgaben vorbereitet werden³⁰. Bergen favorisierte dagegen bereits im Juli Johannes Steinmann, Domdechant in Breslau, der zu jener Zeit an der Botschaft tätig war und dort als geschickt galt³¹. Er konnte sich jedoch gegenüber Delbrueck nicht durchsetzen.

Da in der Zwischenzeit in Rom ein Wettlauf um den Posten einsetzte, mahnte v. Bergen Ende September zur Eile³². Delbrueck kam dies gelegen, da es trotz des Widerstandes der Bischöfe kein Zurück mehr gab. Mitte September wurde Sander offiziell aufgefordert, nach Rom zu gehen³³. Seine auf ein Jahr beschränkte Tätigkeit, die Ende Oktober näher umschrieben wurde, sah vor, „im Vatikan für die Interessen der deutschen Katholiken in den östlichen Diözesen zu wirken; ferner eingehender zu unterrichten und festzustellen, ob eine Umgruppierung durchführbar sein würde³⁴“. Man wird hier an eine Neuordnung der Diözesangrenzen in den östlichen Abtretungsgebieten denken müssen. Seine enger umrissenen Direktiven erhielt Sander aus der Hand v. Bergens, nachdem er Mitte Oktober in Rom eingetroffen war. Um Alleingänge und Differenzen zu vermeiden, wurde Sanders Tätigkeit in das enge Einvernehmen und die ständige Fühlungnahme mit der Botschaft eingebettet³⁵.

Der Fachmann für kirchliche Fragen des deutschen Ostens durfte ein offenes Ohr im Vatikan erwarten. Danzig, Westpreußen, Gnesen-Posen und Oberschlesien gaben polnischen wie deutschen Organen in den ersten Jahren nach dem Vertrag von Versailles ständig neuen Anlaß, den Vatikan für eigene politische Ziele zu interessieren. Durch die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Polens am 11. November 1918 waren nämlich zwei Drittel des Gebietes der ehemals preußischen Diözese Kulm mit Sitz in Pelplin polnisch geworden; das restliche Drittel verteilte sich auf die Freie Stadt Danzig, Teile Ostpreußens und das westliche West-

²⁸ Ebd.

²⁹ PA/AA, 790, Ausw. Amt an Sander vom 18. September 1920.

³⁰ PA/AA, 790, Aufzeichnung Delbruecks vom 30. August 1920.

³¹ PA/AA, 849, Telegramm v. Bergens an das Ausw. Amt vom 28. Juli 1920. Seine Tätigkeit bei der Botschaft muß in der ersten Jahreshälfte 1920 liegen. Anfang August schickte ihn v. Bergen in die Zentrale, um ihn als Kandidaten vorzustellen.

³² PA/AA, 790, Telegramm v. Bergens vom 25. September 1920 an das Ausw. Amt.

³³ PA/AA, 790, Ausw. Amt an Sander vom 18. September 1920.

³⁴ Ebd.

³⁵ PA/AA, 790, Ausw. Amt an Sander vom 23. Oktober 1920.

preußen, wo am 1. Dezember 1920 die erzbischöfliche Delegatur Tütz eingerichtet wurde³⁶. Danzig, das am 15. November 1920 Freie Stadt wurde, gehörte teils zur Diözese Ermland, teils zum polnisch gewordenen Bistum Kulm, und bildete aufgrund dessen ein kirchenpolitisches Vorbild. Erschwerend kam hinzu, daß der greise Kulmer Bischof Augustinus Rosentreter praktisch handlungsunfähig war³⁷. Für internationales Aufsehen sorgten 1920/21 Volkstumskämpfe mit religiösem Anstrich in Posen und Oberschlesien, zu denen der Breslauer Fürstbischof, Adolf Kardinal Bertram, nationalpolitisch keine Stellung nahm³⁸. Teile seines Fürstbistums lagen nach 1919 in Polen und der Tschechoslowakei³⁹.

Auch nach Sanders Amtsantritt verstummte die Kritik an seiner Person nicht. Vor allem Kaas äußerte diesbezügliche Bedenken⁴⁰. Dennoch wurde der Dompropst bereits Anfang Dezember 1920 mit einer wichtigen Reise nach Danzig und Pelplin betraut⁴¹, um die von Preußen und dem Auswärtigen Amt begünstigte Angliederung der Freien Stadt an das Bistum Ermland zu prüfen. Die Mission brachte für das Auswärtige Amt einen doppelten Erfolg. Nachdem Sander in einem persönlichen Gespräch Rosentreter für die Abtrennung Danzigs vom Bistum Kulm gewonnen hatte, meldete er dem Auswärtigen Amt, daß der Bischof voll geschäftsfähig sei⁴², so daß an seine Ersetzung durch einen Polen, wie es der Vatikan beabsichtigte⁴³, nicht mehr zu denken war. Nach einer Audienz Sanders bei Bene-

³⁶ Die Delegatur Tütz – am 1. Mai 1923 zur Apostolischen Administratur erhoben –, die 1926 nach Schneidemühl verlegt und 1930 zur Praelatura nullius erhoben wurde, umfaßte die deutsch gebliebenen Teile des Erzbistums Gnesen/Posen und des Bistums Kulm. Bei den einzelnen Ostfragen kann nur auf die Literatur verwiesen werden. Zu Tütz vgl. F. WESTPHAL (Hg.), Die Apostolische Administratur (Schneidemühl 1928). G. MARSCHALL, Die Praelatura Nullius Schneidemühl als kirchliche Rechtsform der Grenzmark Posen-Westpreußen (Jur. Diss. Göttingen 1937).

³⁷ Rosentreter konnte im Amt bleiben, weil er sich für die Wiedereerrichtung Polens aussprach; er war 1920 76 Jahre alt. Die Bistumsverwaltung lag seit 1919 faktisch in polnischen Händen. Vgl. F. RINGWELSKI, Augustyn Rosentreter biskup chełmiński (1896–1926) wobec sprawy polskiej, in: Studia Pelplińskie 12 (1977) 7–126.

³⁸ Vgl. L. VOLK, Adolf Kardinal Bertram (1859–1945), in: R. MORSEY (Hg.), Zeitschichte in Lebensbildern. Aus dem Katholizismus des 20. Jahrhunderts (Mainz 1973) 274–286, bes. 277: „Je peinlicher sich der Kardinal aus dem Nationalitätenkampf herauszuhalten suchte, desto mehr mußte er die Erwartungen der beiden Lager enttäuschen“. Vgl. auch M. BROZAT, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik (Frankfurt/M. 1972) 210–213. STEHLIN (Anm. 2) 102–160. H. ROOS, Geschichte der Polnischen Nation 1918–1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Stuttgart 1986) 89–92.

³⁹ Vgl. W. MARSCHALL, Geschichte des Bistums Breslau (Stuttgart 1980) 157–159. In Vorbereitung: B. STASIEWSKI (Hg.), Adolf Kardinal Bertram. Sein Leben und Wirken auf dem Hintergrund der Geschichte seiner Zeit (= Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands, Bd. 24) (Köln–Wien 1991).

⁴⁰ PA/AA, 790, Aufzeichnung Delbruecks vom 12. November 1920.

⁴¹ PA/AA, 790, Telegramm v. Bergens an das Ausw. Amt vom 5. Dezember 1920.

⁴² PA/AA, II Vat., Po 24/Bd. 1, Telegramm Haniels an v. Bergens vom 15. Dezember 1920 Nr. 225.

⁴³ PA/AA, II Vat., Po 20 Kulm, Telegramm v. Bergens an das Ausw. Amt vom 14. April

dikt XV. am 17. Januar 1921 ließ der Hl. Stuhl alle Abberufungspläne fallen⁴⁴. Auch in der Danzig-Frage konnte der Papst für eine Lösung gewonnen werden, die deutschen Interessen entsprach. Benedikt XV. erwartete lediglich einen förmlichen Antrag des Danziger Senats⁴⁵. Eine weitere Reise in dieser Angelegenheit unternahm Sander Ende Mai 1921, um ein formgerechtes Schreiben des Senats ins Staatssekretariat zu leiten und die neue politische Lage zu erörtern⁴⁶. Damit war Sanders Tätigkeit an der Vatikanbotschaft, abgesehen von internen Beratungen, größtenteils abgeschlossen.

In der oberschlesischen Frage war Steinmann 1921 parallel tätig, da v. Bergen auf seine Mitarbeit nicht verzichten wollte. Der Botschafter hielt weiterhin an seiner Kandidatur für den Posten eines Konsultors fest und setzte sich schließlich damit durch⁴⁷. Obwohl Sanders Mission erfolgreich war, hatte er noch immer mit dem Widerstand des Episkopats zu rechnen. Dies mag auch daran gelegen haben, daß die deutschen Bischöfe in die Verhandlungen um die kirchliche Neugliederung Westpreußens durch das Auswärtige Amt nicht einbezogen wurden⁴⁸. Auch Kaas konnte Sander wegen seiner unfreundlichen Haltung gegenüber Polen nicht empfehlen⁴⁹. Für Steinmann sprach außerdem, daß er durch seine bisherige Tätigkeit als Domdechant in engem Kontakt zum Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, stand. Die Verbindung zum Breslauer Fürstbischof erwies sich während Steinmanns späterer Tätigkeit in Rom als tragfähig und intensiv.

Nachdem das Auswärtige Amt Bertram um Freistellung Steinmanns gebeten hatte⁵⁰, konnte dieser als geistlicher Konsultor der Vatikanbotschaft am 16. November 1921 seinen Dienst antreten. Bergen beharrte jedoch auf seiner Unabhängigkeit vom Episkopat, da Steinmann nur weisungsgemäß und von außen unbeeinflusst handeln sollte. Die Beurlaubung, die der Kardinal am 23. September 1921 aussprach, sollte bei einer end-

1920 Nr. 125. Pacelli äußerte gegenüber v. Bergen, daß die Geschäftsführung des Bistums Anlaß zur Klage gab. Der Papst beabsichtigte, Rosentreter zum Rücktritt aufzufordern.

⁴⁴ PA/AA, II Vat., Po 20 Kulm, Telegramm der Preußischen Gesandtschaft in München an das Ausw. Amt vom 9. Februar 1921. Einen Koadjutor erhielt Rosentreter erst am 14. Dezember 1925.

⁴⁵ PA/AA, II Vat., Po 24/Bd. 2, Bericht Sanders vom 24. Januar 1921.

⁴⁶ PA/AA, II Vat., Po 24/Bd. 2, Bericht Sanders aus Danzig, Eingangsstempel des Ausw. Amtes vom 23. Mai 1921.

⁴⁷ PA/AA, 849, Ausw. Amt an Bertram vom 6. August 1921.

⁴⁸ PA/AA, DBV, 356, Bertram an Steinmann vom 22. Juni 1922.

⁴⁹ PA/AA, 790, Aufzeichnung Delbruecks vom 12. November 1920.

⁵⁰ PA/AA, 849, Außenminister Friedrich Rosen an Bertram vom 6. August 1921. Das Schreiben erwähnt den Wunsch des Staatssekretariats, mit Steinmann in Rom weiterhin zu arbeiten. Dies erscheint durchaus glaubwürdig, wenn man seine spätere Vertrauensstellung im Vatikan berücksichtigt. Auch Bertram wollte auf Steinmann nicht verzichten; er sprach lediglich eine Beurlaubung aus.

gültigen Anstellung in eine Freistellung umgewandelt werden⁵¹. Sie war auch deshalb erforderlich, weil man schon im August 1920 das Vetorecht der deutschen Bischöfe bei der Anstellung eines Geistlichen befürchtete⁵².

Im Herbst 1923 wurde Steinmann als Konsultor mit dem Gehalt eines Botschaftsrates auf zehn Jahre verpflichtet⁵³. Die Bezeichnung „Konsultor“ findet sich nur in den Akten des Auswärtigen Amtes, während Steinmann in Rom „Consigliere“ genannt wurde, da die Bezeichnung „Konsultor“ den Gutachtern der verschiedenen päpstlichen Behörden vorbehalten war. Nach dem Missionschef war Steinmann neben dem Ersten Botschaftsrat, damals Richard Meyer⁵⁴, Stellvertreter des Botschafters und zweiter Mann an der deutschen Vertretung beim Hl. Stuhl. Trotz alledem haftete seiner Anstellung von Anfang an etwas Inoffizielles an⁵⁵. Zwar wurde er als Diplomat besoldet und erhielt einen entsprechenden Rang in der Hierarchie des Auswärtigen Dienstes, doch diente dies nur der verwaltungsmäßigen, internen Einordnung. Nach außen trat er keineswegs als offizielles Organ des Auswärtigen Amtes in Erscheinung. Dies lag weder im Sinn des Projekts, noch wäre es seiner Aufgabe beim Staatssekretariat förderlich gewesen.

Neben der Behandlung des Problemfelds Oberschlesien, das nun auf sämtliche östlichen Grenzgebiete ausgedehnt wurde, umfaßte das Arbeitsgebiet Steinmanns alle Fragen dogmatischer, kirchenrechtlicher und kirchenpolitischer Natur sowie religiöser und kultureller Minderheiten – ferner das Ordens- und Missionswesen und die Kontaktpflege mit den Geistlichen in Rom⁵⁶. Dabei standen kirchen- und außenpolitische Aufgaben im Vordergrund. Steinmann hatte sich bis dahin auf verschiedensten Gebieten betätigt und war für seine neue Aufgabe gut vorbereitet. Nach

⁵¹ PA/AA, 849, v. Bergen an das Ausw. Amt vom 4. Juli 1923.

⁵² PA/AA, 790, Aufzeichnung Delbruecks vom 30. August 1920.

⁵³ PA/AA, 849, v. Bergen an das Ausw. Amt vom 4. Juli 1923. Bergen bittet „im Interesse der Beziehungen des Reiches zur Kurie, wie auch mit Rücksicht auf die allgemeine politische Tätigkeit Steinmanns“ um die Entpflichtung als Domdechant und die Verlängerung seines Dienstauftrages. Der kurze Lebensabriß in seiner Personalakte gibt an, daß die Tätigkeit Steinmanns 1923 auf zehn Jahre verlängert und dann stillschweigend fortgesetzt wurde.

⁵⁴ Richard Meyer wurde am 17. März 1922 1. Sekretär an der Botschaft, am 8. Januar 1923 Botschaftsrat mit der gleichen Tätigkeit, am 8. Mai 1926 als Gesandter in Asunción abberufen und durch den katholischen Zentrumsmann Clemens Brentano di Tremezzo ersetzt: PA/AA, Personalakte Richard Meyer.

⁵⁵ PA/AA, 849, Lebenslauf Steinmanns: „Prälat Dr. Steinmann hatte zuvor im Einvernehmen mit der Deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl in vielfältiger, vom Auswärtigen Amt anerkannter Tätigkeit bei der römischen Kurie für die deutschen Interessen in Oberschlesien gewirkt. Nach einer Verlängerung des Prälat Dr. Steinmann erteilten ‚Auftrages‘ auf zunächst weitere 10 Jahre (1923) wurde der Dienstauftrag stillschweigend fortgeführt und bis zum Tode des Prälaten nicht beendet“.

⁵⁶ PA/AA, 849, Aufzeichnung des Ausw. Amtes vom 24. März 1931, Lebenslauf Steinmanns. Sein Bruder Paul war seit 1930 Dompropst in Berlin und seit dem 2. Februar 1931 dort Generalvikar. Der andere Bruder Alphons war 1909–1936 Professor für Neues Testament in Braunsberg.

seinen Studien in Münster und Rom, wo der 1870 in Hannover geborene in Philosophie und Theologie promoviert worden war, arbeitete er elf Jahre als Geheimsekretär bei Kardinal Georg von Kopp, Fürstbischof von Breslau. Seit 1904 wirkte er in der Breslauer Priesterausbildung und im Domkapitel. Verwaltungsaufgaben der böhmischen Bistumsgüter und eine Kuratortätigkeit für zahlreiche Ordensniederlassungen schlossen sich 1914 an⁵⁷. Steinmann erwies sich als unentbehrlicher, stets loyaler Mitarbeiter. Er hatte von Anfang an das Vertrauen und die Protektion v. Bergens gewonnen. Das lag einerseits an seinem klaren politischen Blick und seiner gemäßigten nationalen Einstellung, andererseits am leichten Zugang zum päpstlichen Staatssekretariat, den er sich als Geistlicher verschaffen konnte. Steinmann war einer der wenigen Prälaten, die ohne besondere Anmeldung leichten Zutritt zum Papst erhielten. Seinen vatikanischen Kontakten verdankte die Botschaft ihren Informationsstand und Handlungsspielraum⁵⁸. Gerade wegen der politischen Nähe zu v. Bergen und seiner halboffiziellen Arbeit konnte er relativ selbständig agieren und seine Vertrauensposition im Vatikan stetig ausbauen.

Steinmanns Tätigkeit ist nur schemenhaft zu erkennen; Quellen und Literatur bieten nur spärliche Einblicke. Daher können an dieser Stelle nur einzelne Hinweise auf sein Wirken genannt werden. Seine besondere Kenntnis in Ostfragen und seine Kompetenz in sowjetischen Angelegenheiten machten ihn für die Botschaft wie auch für den Hl. Stuhl zu einem geschätzten Berater. Im Dezember 1921 vermittelten er und der zwielichtige Wilhelm von Braun dem sowjetischen Mittelsmann in Rom, Wacław Worowski⁵⁹, Kontakte zum Staatssekretariat⁶⁰. Der deutsche Botschafter in Moskau, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, untersützte die vatikanisch-sowjetische Annäherung. Trotz seines Rufes als bolschewistischer

⁵⁷ Zu Fragen des Lebenslaufs vgl. ebd. 1914 betraute ihn Bertram mit der Verwaltung der 33 000 ha großen Bistumsgüter in Böhmen. 1918 wurde er Kurator der Grauen Schwestern, die zahlreiche Häuser in Italien und Skandinavien hatten. 1921 wurde er Dekan des Breslauer Domkapitels und Apostolischer Protonotar, vgl. Personalschematismus des Fürstbistums Breslau (Breslau 1922) 5.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Der ehemalige Katholik Worowski hatte sich schon 1904 in der Schweiz mit Lenin angefreundet. Obwohl Bolschewist hielt er die Oktoberrevolution für ein „komisches Abenteuer“. Lenin machte ihn 1920 zum Chef der ersten sowjetrussischen „Handelskommission“ in Rom. Er wurde als Mitglied der sowjetischen Delegation in Lausanne am 10. Mai 1923 von dem Schweizer Konradi erschossen. Worowski erkannte die Bedeutung des Vatikans für die Anerkennung des neuen Regimes. Seine Verhandlungsvorschläge erhielten allerdings nicht immer Rückendeckung aus dem Kreml, weil die Moskauer Parteiführung, insbesondere Maxim Litwinov, den Katholizismus, der sich in Sowjetrußland stark aus dem Polentum rekrutierte, nicht im selben Maße schätzte.

⁶⁰ Vgl. STEHLE (Anm. 4) 36–45. Steinmann empfahl Worowski als „gemäßigten Bolschewisten“ (40), der extreme Maßnahmen gegen die Kirche verhindern wollte.

Kollaborateur⁶¹ und religiös eher indifferent⁶² hatte er Nuntius Pacelli seine Hilfe angeboten⁶³.

Die Katholische Kirche setzte nach der Oktoberrevolution auf die Abschaffung der romfeindlichen orthodoxen Staatskirche am 23. Januar 1918⁶⁴, die die Zarenregierung gestützt hatte, Hoffnungen und versprach sich davon seelsorgliche Vorteile⁶⁵. Daran knüpften sich Erwartungen für die Missionierung Sowjetrußlands und einer möglichen Kirchenunion. Auch in Moskau hatte sich auf dem X. Parteitag im März 1921 ein innen- wie außenpolitisches Umdenken vollzogen: Die „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) forcierte die Wiederaufnahme wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zur westlichen Welt, um die Isolierung und den Ruin des Landes durch eine drohende Hungerkatastrophe zu überwinden. Braun und Steinmann informierten im Dezember 1921 den Papst über die bereits vom amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover in Gang gesetzte Hilfsaktion für das hungernde Rußland, die American Relief Administration⁶⁶. Benedikt XV. und sein Nachfolger Pius XI. erhofften von diesem Projekt, neben der Linderung der Not, missionarische Möglichkeiten und die Herausgabe der im Frühjahr 1922 beschlagnahmten kirchlichen Güter und Geräte. Gemeinsam mit Monsignor Giuseppe Pizzardo aus dem Staatssekretariat, Pater Carl Friedrich SVD und von Braun rief Steinmann das Päpstliche Hilfswerk in Sowjetrußland ins Leben, das aber kurz nach dem Tode Lenins im Mai 1924 scheiterte⁶⁷. Die deutschen Behörden

⁶¹ Die Befürwortung einer engeren Zusammenarbeit mit den russischen Bolschewiki und die von ihm geförderte Oktoberrevolution brachten Brockdorff-Rantzau den Spitznamen „der rote Graf“ ein, vgl. H. GRAML, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, in: W. BENZ - H. GRAML (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik (München 1988) 45f. Differenzierter zu seinen russischen Kontakten und seiner Unterstützung der westeuropäischen Sozialdemokratie jüngst: L. HAUPTS, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Diplomat und Minister in Kaiserreich und Republik (Göttingen - Zürich 1984) 51-54. Politische Kategorien wie „links“ und „konservativ“ versagen bei Brockdorff-Rantzau. Dieser Pauschalisierung erliegt STEHLE (Anm. 4) 67. Treffend hier U. WENGST, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik (Frankfurt/M. 1973) 97: „Rantzau griff auch auf unorthodoxe und nicht immer unbedenkliche Mittel zurück, wenn es galt, die Großmachtstellung des Deutschen Reiches auszubauen oder wenigstens zu erhalten.“

⁶² Vgl. ausführlichste Würdigung der Persönlichkeit und des Lebenswerkes von einem Zeitzeugen und Mitarbeiter: E. STERN-RUBARTH, Graf Brockdorff-Rantzau. Wanderer zwischen zwei Welten (Herford-Bonn 1969) 50, 123. Die spätere Historiographie findet eine wesentlich kritischere, negative Porträtierung.

⁶³ Einzig bei STEHLE (Anm. 4) 67.

⁶⁴ Das Dekret des Rates der Volkskommissare vollzog eine strikte Trennung von Kirche und Staat.

⁶⁵ Vgl. STEHLE (Anm. 4) 13-22.

⁶⁶ Vgl. ebd. 37.

⁶⁷ Vgl. ebd. 81. Zum Hilfswerk vgl. M. D'HERBIGNY, L'aide pontificale aux enfants affamés de Russie, in: OrChrA (1925) 1-80. J. KRAUS, Im Auftrag des Papstes in Rußland (= Veröffentlichungen des Missionspriesterseminars St. Augustin Siegburg Nr. 21) (Steyl 1970). Erkennt nicht die Bedeutung der Mission innerhalb des Hilfswerks und sieht finanzielle

waren an dieser vatikanischen Initiative insoweit beteiligt, als die päpstlichen Instruktionen für die Arbeit des Hilfswerks über das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Moskau weitergeleitet wurden⁶⁸. Brockdorff-Rantzau unterstützte nachdrücklich zahlreiche Anliegen des Vatikans in Sowjetrußland. Es ist für sein Interesse und seinen politischen Einfluß bezeichnend, daß seine Intervention Ende 1923 die Nachfolge des Jesuiten Edmund A. Walsh, Generaldirektor der Vatikanischen Hilfsmision, zugunsten Eduard Gehrmanns SVD entschied⁶⁹. Im Sommer 1923 dachte der Hl. Stuhl an die Entsendung Steinmanns als Nachfolger Walshs. Bergen konnte ihn von diesem Vorhaben abbringen – wohl mit Hinweis auf Steinmanns diplomatische Tätigkeit für Deutschland, die die Hilfsmision international desavouieren könnte⁷⁰. Der Generalprokurator Friedrich SVD schlug im November zunächst seinen Ordensbruder Josef Feikus vor. Er wurde von Steinmann unterstützt, der Feikus als Nachfolger Walshs in Berlin empfahl⁷¹. Brockdorff-Rantzau warf sein ganzes politisches Gewicht als Botschafter und ehemaliger Außenminister in die Waagschale und setzte Gehrmanns Berufung mittels der Vatikanbotschaft durch⁷².

Daß Steinmanns Sowjetkontakte nicht vom Auswärtigen Amt unterbunden wurden, lag daran, daß das Ministerium durchaus Interesse an einer vatikanisch-sowjetischen Annäherung hatte. Das Zustandekommen und die Aufrechterhaltung der vatikanisch-sowjetischen Beziehungen wurden von der Reichsregierung maßgeblich gefördert⁷³. Der Reichskanzler

Fragen im Vordergrund: E. WINTER, Rom und Moskau. Ein halbes Jahrtausend Weltgeschichte in ökumenischer Sicht (Wien 1972) 292–312. Das bisher einzige Abkommen der Sowjetregierung mit dem Hl. Stuhl hatte für das neue Regime in Moskau neben der humanitären Hilfe einzig den Zweck der De-facto-Anerkennung. Bestätigt auch der Ostberliner Experte für die deutsch-sowjetischen Beziehungen: G. ROSENFELD, Sowjetunion und Deutschland 1922–1933 (Berlin 1983) 126–127. Der am 12. März 1922 von Gasparri unterzeichnete Vertrag sah statt dem Wort „missionaires“ „envoyés“ vor. Ebenso nahm der Hl. Stuhl auf religiöse Vorbehalte der Sowjets Rücksicht, indem er die 13 Patres des Päpstlichen Hilfswerks anwies, jede politische und religiöse Tätigkeit in Rußland unter allen Umständen zu vermeiden. Der Vatikan versprach sich davon größeres Entgegenkommen aus Moskau bei der Erhaltung und dem möglichen Ausbau der Katholischen Kirche in Rußland.

⁶⁸ Vgl. STEHLE (Anm. 4) 58 f.

⁶⁹ Zum Steyler „Hauszwist“ Feikus/Gehrmann vgl. H. PREUSCHOFF, Pater Eduard Gehrmann SVD (1888–1960). Diener der Kirche in zwei Diktaturen (= ZGAE Beiheft 4) (Osnabrück 1984) 21–26.

⁷⁰ Vgl. PREUSCHOFF (Anm. 69) 23. Er zitiert ein Telegramm v. Bergens vom 3. Dezember 1923: „Vor etwa einem halben Jahr stand Entsendung Steinmanns als außerordentlicher Papstvertreter nach Moskau zur Erwägung. Ich erbat aus verschiedenen naheliegenden Gründen Abstand zu nehmen, erbat Delegation geschickten italienischen Prälaten.“

⁷¹ Vgl. ebd. 22.

⁷² Vgl. ebd. 24 f.

⁷³ Vgl. ROSENFELD (Anm. 67) 127: „Dabei zeigte sich deutlich die Bedeutung der sowjetisch-deutschen Beziehungen für die Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen der Sowjetunion und dem Vatikan, was auch für die folgenden Jahre Geltung behielt.“

Joseph Wirth unterstützte daher durch Vermittlung Steinmanns die Annäherung zwischen Rom und Moskau, und zwar ohne den offiziellen Weg über die deutsche Botschaft. Kurz nach der Wahl Achille Rattis zum Nachfolger Benedikts XV. am 6. Februar 1922 reiste der verbannte Erzbischof von Mohilev, Eduard Freiherr von der Ropp, den Pius XI. aus seiner Tätigkeit als Nuntius in Polen kannte, nach Rom. Da aber das Auswärtige Amt den polnischen Einfluß Ropps befürchtete, der der vatikanisch-sowjetischen Annäherung im Wege stehen konnte, unterminierte Steinmann Ropps Position im Vatikan erfolgreich, so daß dieser Rom verließ⁷⁴. Ebenso beauftragte der Reichskanzler Steinmann, den Hl. Stuhl für die Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz in Genua (10. April–16. Mai 1922) zu gewinnen, da die Reichsregierung daran interessiert war, daß Sowjetrußland internationales Parkett betrete. Diese Politik diene deutschen wirtschaftlichen Interessen ebenso wie dem Ausbruch beider Verlierer des Weltkrieges – Sowjetrußland und Deutschland – aus der internationalen Isolierung⁷⁵. Am Rande der Weltwirtschaftskonferenz von Genua – es war dies die erste internationale Konferenz, zu der die Sowjetunion eingeladen wurde – kam es am 22. April zu einem „zufälligen“ Austausch zwischen dem Genueser Erzbischof Signori und dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Georgij Wassiljewitsch Tschitscherin. Dabei kam die Garantie der freien Religionsausübung ebenso zur Sprache wie ein „Konkordat“. Tschitscherin hielt den Abschluß eines Modus vivendi mit dem Hl. Stuhl für das um Anerkennung ringende Sowjetregime für äußerst nützlich⁷⁶.

Um direkt mit Tschitscherin Kontakt aufzunehmen, reisten im Mai 1922 Pizzardo und Steinmann nach Santa Margherita bei Rapallo, wo die sowjetische Delegation abgestiegen war. Die Geistlichen legten ein päpstliches Memorandum vor, das vorschlug, die Gewissensfreiheit, die Garantie des privaten und öffentlichen Kultes sowie die Rückgabe und Sicherung

⁷⁴ Vgl. STEHLE (Anm. 4) 39–40.

⁷⁵ Aus der schon in der Bundesrepublik unübersehbaren Literatur zu Genua und Rapallo vgl. insbesondere: TH. SCHIEDER, Die Entstehung des Rapallo-Vertrags, in: HZ 204 (1967) 545–609; K. D. ERDMANN, Deutschland, Rapallo und der Westen, in: Vierteljahrshefte f. Zeitgesch. 11 (1963) 105–165, bes. 134–139; H. G. LINKE, Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo (Köln 1972) 165–214. Vgl. auch KRÜGER (Anm. 10) 166–183, bes. 175–177. LAUBACH (Anm. 10) 209–211. Sie berücksichtigen den Vatikan nicht. Zu Genua: C. FINK, The Genoa Conference. European diplomacy, 1921–22 (Chapel Hill-London 1984) bes. 147 f., 201. Fink weist darauf hin, daß sich der Hl. Stuhl für die Reduzierung der Reparationen und die Aufhebung der militärischen Besetzung Deutschlands einsetzte. In einem am 8. April 1922 publizierten Brief an den Genueser Erzbischof Signori erhoffte Pius XI. normale internationale Beziehungen und einen konstruktiven Ausgang der Konferenz. Vgl. auch die frühe Arbeit des Jesuiten R. A. GRAHAM, Vatican Diplomacy. A Study of Church and State on the International Plane (Princeton 1959) 356.

⁷⁶ Vgl. STEHLE (Anm. 4) 51. Während des Festdiners am 22. April 1922 auf dem italienischen Kreuzer Dante Alighieri vor Genua wies die alphabetische Sitzordnung Signori und Tschitscherin gegenüberliegende Plätze an.

der Kirchengüter in Sowjetrußland in ein in Genua abzuschließendes Abkommen aufzunehmen. Die Frage des geistlichen Eigentums sollte auf Vorschlag Wirths „Zug um Zug“ mit der humanitären Hilfe des Vatikans verquickt werden⁷⁷. Tschitscherin und Lenin prüften die Forderungen des Hl. Stuhls wohlwollend. Brockdorff-Rantzau vermittelte ein Geheimtreffen auf höchster Ebene. Nuntius Pacelli und Maksim Litvinov trafen sich am 4. Juli 1922 in der Berliner Villa von Brockdorff-Rantzaus Zwillingbruder, Ernst Graf von Rantzau. Später sprach der Berliner Nuntius verschiedene hohe sowjetische Politiker, darunter 1925 Tschitscherin⁷⁸. Eine Zeitlang spürte nun auch der Vatikan den Geist von Rapallo in Form einer vatikanisch-sowjetischen Annäherung. Dabei lag es nahe, daß der Hl. Stuhl dem als ständigen Berater in sowjetischen Fragen tätigen Steinmann den Posten eines eventuell einzurichtenden Nuntius in Moskau anbot⁷⁹.

Entgegen seiner Schlüsselposition bei vatikanischen Sowjetkontakten spielte Steinmann bei ostdeutschen Fragen die graue Eminenz. Nach der Volksabstimmung in Oberschlesien vom 20. März 1921 kam es im Frühjahr und Sommer zu blutigen Kämpfen zwischen polnischen Aufständischen und deutschen Selbstschutz- und Freikorpsverbänden. Im August ging Steinmann im Auftrag der Reichsregierung den Hl. Stuhl um moralische Unterstützung für Deutschland an. Gleiche Wünsche wurden auch von polnischer Seite vorgetragen. Benedikt XV. verhielt sich jedoch neutral⁸⁰.

Bezüglich der Diözesangrenzen und kirchlichen Verwaltung in den Abtretungsgebieten, die nach dem Versailler Vertrag aufgrund der veränderten territorialen Verhältnisse neu geordnet werden mußten, vertrat Steinmann den Standpunkt der Reichsregierung, wonach die Diözesangrenzen nicht den neuen Staatsgrenzen angeglichen werden sollten. Bei den Verhandlungen der Kurie mit der Prager Regierung um einen *modus vivendi* Mitte der zwanziger Jahre machte Steinmann auf die Breslauer Kirchengüter in Böhmen aufmerksam, mit deren Verwaltung er Jahre zuvor beschäftigt war. Bei einer Angleichung der Grenzen wären diese

⁷⁷ Vgl. ebd. 47–54. Stehle enthüllt erstmals die Gespräche in Santa Margherita und die Frage der „Zug um Zug“-Lösung. Zu den Kontakten zwischen dem Hl. Stuhl und Tschitscherin vgl. auch GRAHAM (Anm. 75) 355–358.

⁷⁸ Vgl. ROSENFELD (Anm. 67) 126–129. Wenn auch Rosenfeld aufgrund seiner politischen Haltung nicht immer zuverlässig ist, so fördert er doch bedeutendes Material zutage.

⁷⁹ PA/AA, 849, 2. Anlage zu Bericht v. Bergens vom 4. Juli 1923. Bereits der amerikanische Jesuitenpater Edmund A. Walsh besaß bei seinem Aufenthalt in Moskau 1922–1923 eine formelle Vollmacht als quasi-diplomatischer Vertreter für die Kontakte mit den politischen Instanzen, um die religiöse Lage der Katholiken in Rußland zu verbessern. Wie wir bereits oben gesehen haben, drängte Sowjetrußland auf geregelte diplomatische Beziehungen, um eine De-jure-Anerkennung des Regimes zu erhalten.

⁸⁰ Vgl. LAUBACH (Anm. 10) 57 f.

Besitzungen an die betreffende tschechische Diözese gefallen⁸¹. Eine Abtrennung wäre außerdem einem Verlust des deutschen Einflusses gleichgekommen⁸².

Als durch das Polnische Konkordat von 1925 Teile Oberschlesiens definitiv vom Breslauer Bistum abgetrennt wurden, schlug die polnische Regierung Teodor Kubina, einen nationalen Agitator, als Bischof der neugeschaffenen Diözese Kattowitz vor. Kubinas Kandidatur schien aussichtsreich, da er Pius XI. während seiner Tätigkeit als Abstimmungskommissar aufgefallen war. Gegenüber der Erhebung des abgetrennten Oberschlesien zum Bistum Kattowitz war die Reichsregierung machtlos; bezüglich der Person des neuen Bischofs setzte sie dagegen alle Hebel in Bewegung, um Kubinas Ernennung zu verhindern. Sie ließ ihre Ablehnung durch v. Bergen und Pacelli im Vatikan anzeigen. Bertram, der direkt betroffen war, übte durch Steinmann Einfluß aus. Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten des Salesianers Augustyn Hlond aus, der sich nicht politisch betätigt hatte⁸³.

Bezüglich der Danzig-Frage machte Steinmann im Staatssekretariat immer wieder auf die Verbundenheit der Freien Stadt mit Deutschland aufmerksam und erreichte eine Anerkennung des deutschen Vertretungs- und Verhandlungsrechts. Da Danzig keine diplomatische Vertretung beim Hl. Stuhl unterhielt und eine direkte Kontaktaufnahme des Senats der Freien Stadt wegen einer kirchlichen Neuordnung beim Völkerbund auf Widerstand stieß, fungierte Steinmann als Danziger Unterhändler. Er war neben Sander bei der Errichtung der Apostolischen Administratur am 21. April 1922 und des Bistums am 30. Dezember 1925 maßgeblich beteiligt. Insbesondere bei den Konkordatsverhandlungen zwischen der Freien Stadt und dem Hl. Stuhl übermittelte er dem Vatikan sämtliche Vorschläge des Danziger Bischofs Eduard Graf O'Rourke und begutachtete sie⁸⁴.

⁸¹ Vgl. J. G. STANZEL, Die Breslauer Bistumsgüter in der Tschechoslowakei. Quellen zum Ringen um deren Erhaltung zwischen den beiden Weltkriegen, in: Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen – Mähren – Schlesien 5 (1978) 344–373. A. ALBRECHT, Statistik der deutschen Katholiken in Böhmen und Mähren-Schlesien, in: H. DONAT (Hg.), Die deutschen Katholiken in der Tschechoslowakischen Republik (Warnsdorf 1934) 39–73, bes. 72f. Vgl. auch K. HILGENREINER, Die deutschen Katholiken in der Tschechoslowakei. Ihre Geschichte und ihre Gegenwartslage, in: F. SEIBT (Hg.), Bohemia Sacra. Das Christentum in Böhmen 973–1973 (Düsseldorf 1974) 17–29. H. SLAPNICKA, Die Kirchen in der Ersten Republik, in: SEIBT 333–344, bes. 342f.

⁸² Vgl. STEHLIN (Anm. 2) 140f.

⁸³ Vgl. ebd. 131–133. Den Ausschlag für den Verzicht auf Kubina gab danach Pacelli, der fürchtete, Kubinas Ernennung würde die Reichskonkordatsverhandlungen stören. Hlond wurde 1926 Erzbischof von Gnesen und Primas von Polen.

⁸⁴ Exemplarisch: PA/AA, DBV, 357, Steinmann an Schwartz vom 15. November 1925. Vgl. CLAUSS (Anm. 1). Knappe Zusammenfassung: DERS., Das Bistum Danzig zwischen den Weltkriegen, in: U. ARNOLD (Hg.), Zwischen den Weltkriegen Teil 2: Kultur im Preußenland der Jahre 1918 bis 1939 (Lüneburg 1987) 31–54. Ausführlicher: ST. SAMERSKI, Die Katholische

Damit ist ein wichtiges und häufig betretenes Tätigkeitsfeld Steinmanns genannt: die Konkordatsverhandlungen mit der Kurie. Das in der Promulgierung des Codex Iuris Canonici an Pfingsten 1917 neuformulierte Selbstverständnis der Kirche sowie der Zusammenbruch der alten rechtlichen und politischen Systeme in Europa machten eine Neuordnung des Kirche-Staat-Verhältnisses in zahlreichen europäischen Ländern notwendig. Deutschland mühte sich seit 1920 um ein Konkordat⁸⁵. 1922 wurde Steinmann in Rom mit der Bearbeitung des Referentenentwurfs aus dem Auswärtigen Amt betraut⁸⁶. Da die Reichskonkordatsverhandlungen 1920–22, 1924 und 1926/27 größtenteils in München und Berlin geführt wurden, hatte Steinmann hier keinen entscheidenden Anteil an den Sondierungen.

Die Ausführungsverhandlungen des Polnischen Konkordats vom 10. Februar 1925⁸⁷ mit der Zirkumskription der polnischen Diözesen wurden dagegen direkt beim Hl. Stuhl geführt⁸⁸. Deutschland hatte ein erhebliches Interesse an ihnen, weil der Vertrag das abgetrennte Oberschlesien zur „Diözese Schlesien“⁸⁹ erhob, der Warschauer Nuntius für die Freie Stadt Danzig zuständig sein sollte⁹⁰ und die Breslauer Bistumsgüter in Oberschlesien zur Disposition standen. Da sowohl die Position v. Bergens, gegen den das Zentrum einen Vorstoß unternahm⁹¹, als auch sensible deutsche Ostfragen auf dem Spiel standen, wurden sofort nach Bekanntwerden der Bestimmungen trotz strengster Geheimhaltung von Seiten des Vatikans Verhandlungen mit dem Staatssekretariat geführt, die fast ausschließlich von Steinmann und dem Botschaftsrat Richard Meyer wahrgenommen wurden. Da die Frage des für Danzig zuständigen Nuntius das größte Echo in Deutschland auslöste, stand sie auf Platz eins der deutschen Gravamina und wurde bereits Anfang März mit Kardinalstaatsse-

Kirche in der Freien Stadt Danzig. Katholizismus zwischen Libertas und Irredenta (= Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 17) (Köln/Wien 1991).

⁸⁵ Vgl. VOLK (Anm. 1) 6–8.

⁸⁶ Vgl. ebd. 21–23. Die Besprechung des Referentenentwurfs Richard Delbruecks im Juni 1922 in Rom wurde für ihn zu einem Fiasko. Bergen blockierte die Verhandlungen Delbruecks im Staatssekretariat, da sein Entwurf vom Januar 1922 im Vatikanreferat kaum berücksichtigt wurde. Von einem in der Sache „harten Obstruktionskurs“ 21 zu sprechen, ist sicherlich übertrieben.

⁸⁷ AAS 17 (1925) 273–287.

⁸⁸ Zum Polenkonkordat zuletzt E. PALYGA, *Polsko-watykańskie stosunki dyplomatyczne* (Warschau 1988) bes. 87–118. J. WISŁOCKI, *Konkordat polski z 1925 roku. Zagadnienia prawno-polityczne* (Posen 1977). Vgl. auch STEHLIN (Anm. 2) 134–137, 415 f.

⁸⁹ Vgl. Anm. 87, Art. 9. Schon der Name erregte im Ausw. Amt Anstoß.

⁹⁰ Ebd., Art. 3.

⁹¹ PA/AA, DBV, 775, Zech an v. Bergen vom 14. März 1925. Bergen war Protestant. Das Zentrum warf ihm mangelhaften Informationsfluß aus Rom vor. Tatsächlich kam er aber seit Mitte 1923 der Verpflichtung auf Berichterstattung in dieser Angelegenheit nach, soweit bei den strengen Geheimhaltungsvorschriften des Vatikans etwas durchdrang: PA/AA, II Vat., Po 24/Bd. 7, Bericht v. Bergens vom 5. Juni 1923.

ekretär Gasparri erörtert⁹². Nachdem Ende März die Angelegenheit durch beiderseitige Annäherung in Form eines Kommuniqués abgeschlossen worden war⁹³, wandte man sich den übrigen Klagepunkten zu. Steinmann monierte insbesondere das Fehlen von Minderheitengarantien für die Deutschen in Polen. Der offizielle Protest der Reichsregierung erfolgte aber erst Anfang April, als man in Rom schon die ersten Fragen gelöst hatte. Reichskanzler Wilhelm Marx betrachtete das Konkordat als eine Belastung für die deutsche Außenpolitik und als Störung der vatikanisch-deutschen Beziehungen⁹⁴.

Besondere Brisanz hatte die im Konkordat festgelegte Beeinträchtigung der Breslauer Diözese, insbesondere wegen des Verlustes wichtiger Kirchengüter, die die preußische Zirkumskriptionsbulle vom 16. Juli 1821 „De salute animarum“ als Einkommen des Fürstbistums bestimmt hatte. Damit war die Geltung der Bulle in Frage gestellt, die der damalige bayerische Nuntius Pacelli 1919 de facto anerkannt hatte⁹⁵. Verhandlungen über diese finanziellen Fragen beschäftigte die Botschaft in Rom Mitte 1925. Dabei mühten sich Steinmann und v. Bergen um eine Bereinigung der außenpolitischen Belastungen und die Wiederherstellung kooperativer Beziehungen zwischen Rom und Berlin.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß Steinmanns Tätigkeit bis zu seiner Erkrankung Anfang 1939⁹⁶ sowohl für die deutsche Außenpolitik als auch für die Ostpolitik des Hl. Stuhls von großer Bedeutung war. Sein gesamter Aktionsradius ist schwer zu fassen – dazu waren seine Kontakte zu vielfältig und verschleiert. Hinzu kam, daß der Institution des geistlichen Konsultors von Anfang an etwas Inoffizielles anhaftete. Dies begünstigte auf der anderen Seite die Anknüpfung eigenständiger Kontakte mit sowjetischen Vertretern. Als Mittler zwischen Berlin und Rom versuchte er beiden Seiten gerecht zu werden, wobei er das beiderseitige Vertrauen nicht mißbrauchte. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und Deutschland waren nicht zum Mindesten sein Verdienst. Dennoch entstanden um seine Person Differenzen mit anderen deutschen diplomatischen Persönlichkeiten in Rom, die von einer gewissen Rivalität herrühr-

⁹² PA/AA, DBV, 357, Telegramm v. Bergens an das Ausw. Amt vom 9. März 1925 Nr. 15.

⁹³ PA/AA, DBV, 775, Bericht v. Bergens vom 3. April 1925. Der Danziger Senat und der Bischof wurden bei den Ausführungsverhandlungen übergangen. Auch das Ergebnis befriedigte keinen der beiden.

⁹⁴ PA/AA, DBV, 775 Reichskanzler Marx an Pacelli vom 2. April 1925.

⁹⁵ Zur Bistumsgüterfrage vgl. STEHLIN (Anm. 2) 136–137. Zur Anerkennung der Bulle durch Pacelli vgl. E. DEUERLEIN, Die erste Begegnung zwischen Reichspräsident Ebert und Nuntius Pacelli, in: Münchener Theol. Zeitschr. 18 (1966/67) 157–159. DERS., Das Reichskonkordat. Beiträge zu Vorgeschichte, Abschluß und Vollzug des Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 (Düsseldorf 1956) 10. Unschärf: VOLK (Anm. 1) 6, Anm. 23.

⁹⁶ Seit dem 1. Februar 1939 befand sich Steinmann wegen „andauernder Erkrankung“ auf Urlaub. Er starb am 6. Mai 1940 in Mara bei Brixen: PA/AA, 849, Lebenslauf Steinmanns.

ten⁹⁷. Seine theologischen Kenntnisse und seine Informationen aus dem Staatssekretariat machten ihn jedenfalls besonders in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zu einem unverzichtbaren Mittelsmann und Mitarbeiter der Deutschen Botschaft beim Hl. Stuhl. Dabei spielten die Probleme der im Osten vom Reich abgetrennten Gebiete und die Pflege zu sowjetischen Kontaktpersonen eine besondere Rolle.

⁹⁷ HUDAL (Anm. 1) 37, äußert sich aufgrund persönlicher Animositäten kritisch über Steinmann. SCHOLDER (Anm. 14) 305, spricht von Intrigen Steinmanns gegen v. Bergen Anfang der dreißiger Jahre. Wenn dem so war, spielten weltanschauliche Grundeinstellungen hier eine Rolle. Für die Zeit der Weimarer Republik läßt sich dagegen ein reibungsloses Zusammenarbeiten erkennen.